

Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Zwischenergebnisse eines Forschungsvorhabens

Environmental justice in urban areas – preliminary results of a research project

Christa Böhme¹, Christiane Bunge², Arno Bunzel¹, Thomas Preuß¹

Abstract

People with a low income and a low educational level are more likely to be exposed to health risks resulting from environmental problems than those of a better social status. Particularly in inner city areas high levels of environmental burdens and social problems are often concentrated. In the framework of the environmental research plan the research project “Environmental justice in urban areas” of the German Institute of Urban Affairs (Difu) is funded by the Federal Environment Agency (UBA) and the Federal Ministry of the Environment. The project focuses on the development of feasible strategies and measures to reduce socially unequal distributed health-related environmental burdens and benefits. For the local level, recommendations are developed to support policy makers in improving the environmental quality and the living conditions of the inhabitants of highly burdened residential areas.

Zusammenfassung

Menschen mit geringem Einkommen und niedriger Bildung sind in Deutschland oft höheren Gesundheitsbelastungen durch Umweltprobleme ausgesetzt als Menschen, die sozial besser gestellt sind. Gerade in innerstädtischen Gebieten konzentrieren sich oftmals hohe Umweltbelastungen und soziale Problemlagen. Das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesumweltministerium (BMU) fördern im Rahmen des Umweltforschungsplanes das Forschungsprojekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Ziel des Vorhabens ist die Entwicklung von Strategien und praxistauglichen Instrumenten zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen und -ressourcen. Für die kommunale Praxis werden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die die Entscheidungsträger dabei unterstützen sollen, ressortübergreifend die Umweltqualität und die Lebensverhältnisse der Bewohnerinnen und Bewohner in stark belasteten Stadtquartieren zu verbessern.

Einführung

Menschen mit geringem Einkommen und niedriger Bildung sind in Deutschland oft höheren Gesundheitsbelastungen durch Umweltprobleme ausgesetzt als Menschen, die sozial besser gestellt sind. Sie wohnen oft an stark befahrenen Straßen und sind besonders häufig von Lärm und Luftverschmutzungen betroffen (u. a. Heinrich et al. 1998; Bolte, Mielck 2004; Bolte, Kohlhuber 2008; Bunge, Katzschner 2009). Dies zeigen beispielsweise die Auswertungen der repräsentativen Umwelt-Surveys des Umweltbundesamtes (UBA) (Becker et al. 2007). Die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen und -ressourcen sowie die gesundheitlichen Folgen stehen im Fokus des Themenfeldes „Um-

weltgerechtigkeit“ (vgl. UMID 02/2008 und UMID 02/2011).

Fragen zu Umweltgerechtigkeit gewinnen auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und steigender sozialer Ungleichheit an Bedeutung. Gerade in innerstädtischen Gebieten, in denen sich oftmals hohe Umweltbelastungen und soziale Problemlagen konzentrieren, werden die negativen gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels – beispielsweise durch Hitzeperioden – zunehmen. Hier sind Lösungen gefragt, die Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Gesundheitsschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden.

¹ Deutsches Institut für Urbanistik.

² Umweltbundesamt.

Zahlreiche Fachdisziplinen und Forschungsbereiche beschäftigen sich in jüngster Zeit damit, die Ursachen, Zusammenhänge und Effekte der sozialen Verteilung von Umweltbelastungen und -ressourcen zu ermitteln. Gleichzeitig erproben verschiedene Regionen Deutschlands unterschiedliche Ansätze aus Politik und Praxis, um die Umwelt- und Lebensbedingungen in besonders belasteten Wohnquartieren zu verbessern. Das Modellvorhaben „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt verfolgt beispielsweise einen neuen methodischen Ansatz zur integrierten Berichterstattung von Umwelt, Gesundheit, Sozialem und Stadtentwicklung und schließt damit eine Forschungslücke. Die integrierte Betrachtung dieser Bereiche ermöglicht die Identifizierung von mehrfach belasteten Gebieten. So kann ermittelt werden, wo soziale und umweltbezogene Belastungsschwerpunkte liegen und wo der Handlungsbedarf besonders groß ist (u. a. Klimieczek 2011; vgl. UMID 02/2011).

Das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesumweltministerium (BMU) fördern im Rahmen des Umweltforschungsplanes seit Januar 2012 das Forschungsprojekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Ziel des Vorhabens ist die Entwicklung von Strategien und praxistauglichen Instrumenten zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen und -ressourcen. Das Vorhaben soll Grundlagen liefern, um eine neue Betrachtungsebene für das kommunale Verwaltungshandeln zu etablieren, die Umwelt, Soziales, Gesundheit und Stadtentwicklung im Sinne der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ integriert.

Für die kommunale Praxis werden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die die Entscheidungsträger dabei unterstützen sollen, Umwelt-, Gesundheits- und soziale Ziele im Zusammenhang zu verfolgen. Den Kommunen sollen Wege aufgezeigt werden, wie ressortübergreifend die Umweltqualität und die Lebensverhältnisse der Bewohnerinnen und Bewohner in stark belasteten Stadtquartieren verbessert werden können.

Folgende Forschungsfragen stehen im Mittelpunkt:

- Wie lässt sich die integrierte Betrachtung von Umwelt, Gesundheit, Sozialem und Stadtplanung als Planungs- und Entscheidungsgrundlage in der kommunalen Praxis verankern?

- Wie lassen sich mehrfach belastete Gebiete entlasten und wie lässt sich die Entstehung von mehrfach belasteten Gebieten verhindern („Frühwarnsystem“)?
- Welche bestehenden Instrumente, Verfahren und Maßnahmen eignen sich und wo sind Erweiterungen oder Verknüpfungen zwischen den Politikbereichen notwendig? Welche Ressorts und Akteure müssen eingebunden werden?

Die Ziele des Forschungsvorhabens werden im Rahmen von fünf Projektbausteinen verfolgt: Expertise „Integrierte Berichtssysteme zur sozialräumlichen Stadtbeobachtung“ (Baustein 1), Expertise „Instrumente und Verfahren“ (Baustein 2), Kommunale Fallstudien (Baustein 3), Fachtagung „Potenziale für mehr Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ (Baustein 4) und Planspiel (Baustein 5). Im Folgenden werden erste Ergebnisse des Forschungsvorhabens vorgestellt und abschließend ein Zwischenfazit gezogen.

Baustein 1: Expertise „Integrierte Berichtssysteme zur sozialräumlichen Stadtbeobachtung“

Voraussetzung für den Abbau und die Vermeidung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen ist zunächst eine kleinräumige Bestandsaufnahme der Umweltsituation in der jeweiligen Stadt. Notwendig hierfür ist ein Monitoringansatz, der Daten zu relevanten Indikatoren für die Beschreibung des Umweltzustands sowie der sozialen und gesundheitlichen Lage der Bewohnerinnen und Bewohner umfasst und damit Aspekte von Umweltgerechtigkeit abbilden kann. Durch die Verschneidung valider Indikatoren der genannten Bereiche sollen die Kommunalverwaltungen in die Lage versetzt werden, Gebiete mit Mehrfachbelastungen zu identifizieren. Ziel der Expertise ist es, ein Modell für ein solches integriertes Monitoringsystem und ein für die Kommunen handhabbares und aussagekräftiges Indikatorenset zu entwickeln.

In der Expertise wurde zunächst untersucht, welche Ansätze integrierter Berichterstattung zu Umwelt, Gesundheit, Sozialem und Stadtentwicklung es in den Kommunen in Deutschland bereits gibt und welche sich auf ein Monitoring zu Umweltgerechtigkeit übertragen lassen.

Die Auswahl der Indikatoren aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit und soziale Lage erfolgte anhand folgender Kriterien:

- inhaltliche Relevanz in Bezug auf das Forschungsthema,
- Stabilität ihrer Bestimmungsgrößen als Grundlage für Entwicklungsanalysen,
- relativ einfache Datenverfügbarkeit für kleinräumige Monitoringsysteme (z. B. auf Blockebene).

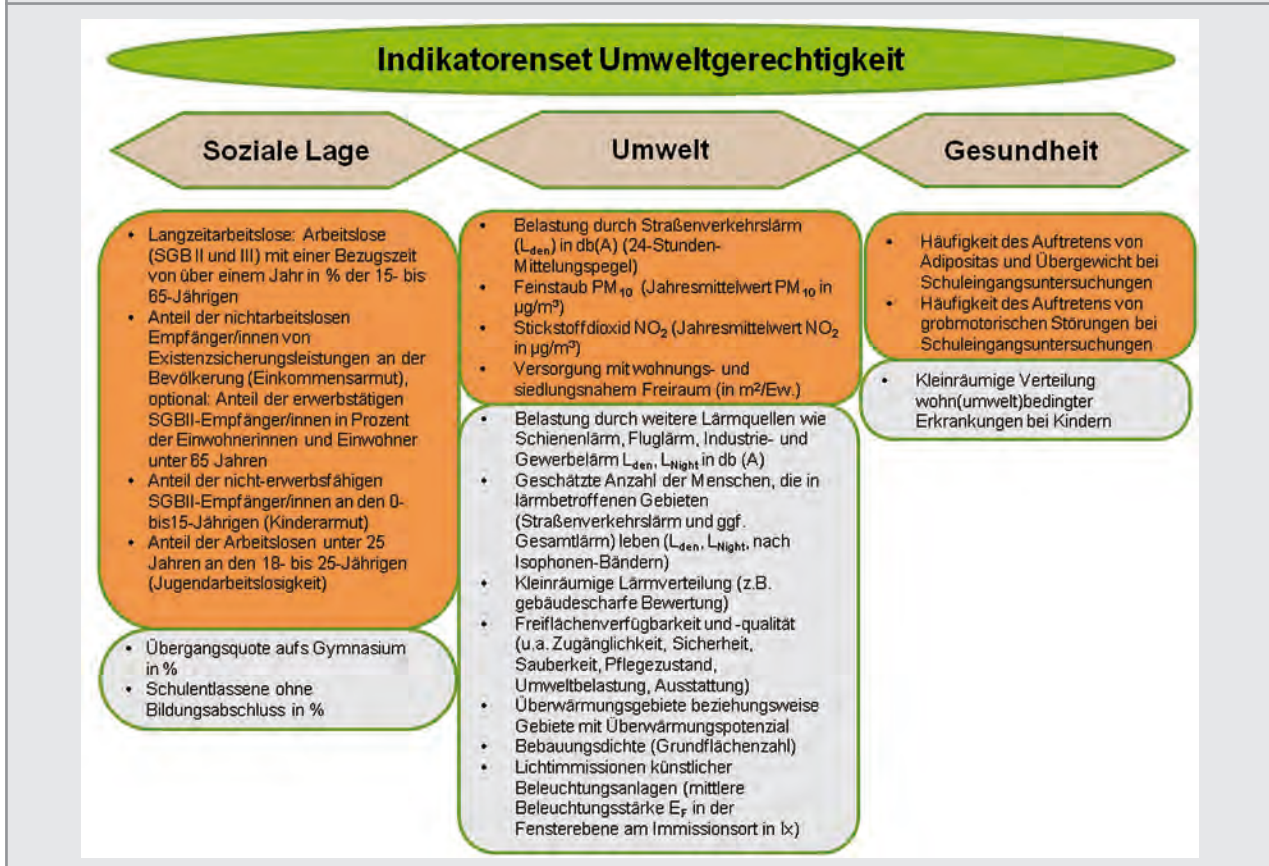
Auf eine Empfehlung einheitlich anzuwendender Indikatoren wird im Rahmen der Expertise bewusst verzichtet, da die kleinräumige Datenverfügbarkeit und der Aufwand für die Datenerhebung von Stadt zu Stadt erheblich variieren können.

Es wurde ein zweistufiges Modell entwickelt, das zwischen Indikatoren für die kleinräumige Darstellung in der Gesamtstadt und Indikatoren für vertiefende Untersuchungen in den im ersten Schritt identifizierten Gebieten mit Mehrfachbelastungen unterscheidet (**Abbildung 1**). Bei letzteren wären zum Beispiel quantitative oder qualitative Daten

aus ergänzenden Erhebungen oder Gutachten denkbar. Außerdem wird in der Expertise die inhaltliche Einordnung beziehungsweise Bewertung der mit Hilfe der Indikatoren kleinräumig ermittelten Werte zum Beispiel in Bezug auf Immissionen, Armut, Freiflächen, gesundheitliche Beeinträchtigungen diskutiert. Hierbei geht es unter anderem um die Herstellung von Bezügen zu bestimmten Zielvorgaben oder Vergleichsgrößen (z. B. Durchschnittswerte, Grenzwerte, anderweitige Richtgrößen).

Die Expertise widmet sich weiterhin Aspekten der Implementierung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in das kommunale Verwaltungshandeln. Das Thema Umweltgerechtigkeit mit dem Anspruch an eine Integration der Themen Umwelt, soziale und gesundheitliche Lage stellt hohe Anforderungen an eine längerfristig strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit von Ämtern und Fachbereichen. Dies betrifft die Organisation der Ämterzusammenarbeit, die Regelung von Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (u. a. Aufgabenerfüllung, Steuerungsfunktion), die Festlegung von Schnittstellen innerhalb der Verwaltung, geeignete Verfahren der

Abbildung 1: Vorschlag eines Indikatorensets für ein flächendeckendes kleinräumiges Monitoring in der Gesamtstadt (■) und Indikatoren für weitergehende vertiefende Untersuchungen in mehrfachbelasteten Gebieten (□).
Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, 2012.



Prozesskoordination, die interne und externe Kommunikation, die Abstimmung der kleinräumigen Gebietsabgrenzungen in der Kommune, die operative Zusammenführung der Daten und notwendige Verfahren für Qualitätsmanagement, Evaluation und Berichtswesen. Adressiert sind hier in erster Linie die Verwaltungsbereiche Stadtentwicklung/-planung, Umwelt/Grün und Gesundheit, aber auch die Verwaltungen der Jugendhilfe und Sozialplanung.

Baustein 2: Expertise „Instrumente und Verfahren“

Ein wesentlicher Schritt zur Implementierung einer an Umweltgerechtigkeit ausgerichteten Stadtentwicklung ist die Analyse der verfügbaren rechtlichen und informellen Instrumentarien. Die ersten Ergebnisse der Expertise zeigen, dass in Deutschland ein kohärentes auf Integration aller raumrelevanten Belange in die räumliche Gesamtplanung ausgerichtetes und sozialräumliche Aspekte einbeziehendes Planungssystem existiert. Fachliche Teilaspekte gesunder Umweltbedingungen, wie zum Beispiel möglichst geringe Immissionsbelastungen und die Qualität der wohnortnahen Grün- und Freiflächen, werden in informellen aber auch in einer Reihe rechtsförmlicher Fachplanungen vertieft aufbereitet. Der Stadtentwicklungs- und der Bauleitplanung kommt die integrative, bündelnde Funktion zu, wobei insgesamt ein hoher Standard der gesundheitsrelevanten Umweltschutzanforderungen zum Tragen kommt. Die zum Teil obligatorisch durchzuführende strategische Umweltprüfung oder Umweltverträglichkeitsprüfung dienen der systematischen und integrativen Erfassung und Bewertung der Umwelt- und Gesundheitsbelange. Das Planungssystem einschließlich der Umweltprüfverfahren ist primär auf die Entwicklung neuer Baugebiete und Infrastrukturvorhaben angelegt.

Mit der Reduzierung von Umweltbelastungen im Siedlungsbestand befassen sich verschiedene Umweltplanungen. Luftreinhalte- sowie die Lärminderungspläne zielen auf den Abbau von Immissionsbelastungen. Landschaftspläne treffen unter anderem auch Festlegungen zu den Zielen und Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Freiraumqualität und der Nutzbarkeit des Freiraums im Wohnumfeld dienen. Daneben gibt es vielfältige informelle Planungen (z. B. Freiraum-, Spielplatz-, Klimaschutzkonzepte). Die auf einzelne Umweltas-

pekte fokussierten Planungen berücksichtigen in der Regel jedoch weder sozialräumliche Kriterien noch die Umweltsituation insgesamt. Zusammengeführt werden solche Konzepte bei städtebaulichen Sanierungs- oder Stadtumbaumaßnahmen. Konzeptionell erfolgt dies in integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten. Ihnen kommt damit eine zentrale Funktion im Hinblick auf die erforderliche Gesamtbetrachtung der gesundheitsrelevanten Umweltfaktoren zu.

Für die Umsetzung der Pläne und Konzepte ist das Zusammenwirken von Instrumenten zur Partizipation von Betroffenen und zur Kooperation innerhalb der Verwaltung oder auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, zur Finanzierung und zur hoheitlichen Durchsetzung entscheidend. Eine besondere Bedeutung kommt insbesondere den Förderprogrammen des Bundes, der Länder und der EU zu (insbesondere Städtebauförderung, Programme zur Lärmsanierung, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung). Aber auch die Erschließung weiterer Finanzierungswege ist wichtig. So kann beispielsweise die Kompensationspflicht nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zur Durchführung und Finanzierung von Maßnahmen genutzt werden, die der Verbesserung des Freiflächenangebots dienen. Auch die Einbindung zum Beispiel von interessierten Eigentümern und Gewerbetreibenden in die Durchführung von Maßnahmen kann finanziell entlastend wirken.

Gegenüber privaten Eigentümern und Gewerbetreibenden stellt sich der verfassungsrechtliche Bestandsschutz als Schranke dar. Fehlt die Möglichkeit der hoheitlichen Durchsetzung von Maßnahmen, kommt es auf die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer oder anderer Akteure an. Hier können Förderprogramme Anreize für privates Engagement setzen. Ebenso wichtig ist eine angemessene zielgruppenadäquate Information und Beratung, um Unterstützung und Mitwirkung aus dem kommunalpolitischen Raum aber auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erreichen.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass eine auf die Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit gerichtete Strategie die Bündelung ganz unterschiedlicher Instrumente erfordert, die je nach Ausgangslage variabel und aufeinander abgestimmt zum Einsatz gebracht werden können. Wichtig dabei ist, die Instrumente nicht isoliert zu betrachten, sondern in einem integrierten Konzept zusammenzubinden.

Zudem ist deutlich geworden, dass es ohne eine angemessene Finanzausstattung nicht gelingen wird, die als notwendig erachteten Maßnahmen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit umzusetzen.

Baustein 3: Kommunale Fallstudien

Das Thema Umweltgerechtigkeit trifft bislang vor allem auf wissenschaftliches Interesse unterschiedlicher Fachdisziplinen (Public Health, Sozial- und Umweltwissenschaften, Stadt- und Raumplanung). Es ist in der kommunalen Praxis noch kaum „angekommen“. Gleichwohl verfolgen einige Kommunen bereits Aktivitäten, die zwar nicht unter dem Label „Umweltgerechtigkeit“ firmieren, aber trotzdem auf die Vermeidung und den Abbau der räumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie der Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen im städtischen Raum ausgerichtet sind. In fünf Fallstudienstädten (Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Bottrop, Bremerhaven, Leipzig, Mannheim) wurde diese Praxis exemplarisch auf Basis von Experteninterviews mit den Leitungen der Verwaltungsbereiche Stadtentwicklung/-planung, Umwelt/Grün, Gesundheit und Statistik sowie anhand von Dokumentenanalysen untersucht.

Der Begriff Umweltgerechtigkeit wird bislang in der Kommunalverwaltung der fünf Fallstudienstädte so gut wie nicht verwendet. Zum Teil ist er sogar gänzlich unbekannt. Der Begriff wird von den Befragten zudem kritisch gesehen. Insbesondere der Aspekt der Gerechtigkeit wird durchgängig als verwaltungsfern und für den jeweiligen Arbeitszusammenhang als schwierig erachtet. Die Problematik, die unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit betrachtet wird, wird allerdings in fast allen Kommunen als relevant angesehen.

Anknüpfungspunkte für das Thema Umweltgerechtigkeit bieten sich in den Fallstudien vor allem im Rahmen der integrierten Stadt(teil)entwicklung, der Stadterneuerung und der Umwelt(leit)planung sowie im Zusammenhang mit dem Ziel gesundheitlicher Chancengleichheit. Insbesondere beim Einsatz der Städtebauförderungsprogramme *Soziale Stadt*, *Stadtumbau West* und *Stadtumbau Ost* eröffnen sich vielfältige Anschlussmöglichkeiten für die Implementation von Umweltgerechtigkeit.

In allen Fallstudienstädten gibt es Maßnahmen und Aktivitäten mit direktem Bezug zu Umweltgerechtigkeit. Räumliche Schwerpunkte hierbei bilden zum einen innerstädtische Fördergebiete der Bundesländer-Programme *Stadtumbau* und *Soziale Stadt*. Zum anderen sind Hauptverkehrsstraßen, an denen sich erhebliche Lärm- und Luftbelastungen und gleichzeitig soziale Problemlagen konzentrieren, ein weiterer räumlicher Handlungsschwerpunkt in den untersuchten Kommunen.

Thematische Schwerpunkte bilden vor allem die Handlungsfelder Freiraumentwicklung und Lärmschutz. Mit Blick auf Frei- und Grünflächen stehen Aspekte wie ausreichende Versorgung, qualifizierte Gestaltung, Nutzbarkeit sowie Zugänglichkeit für verschiedene Zielgruppen (insbesondere Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, ältere Menschen) im Mittelpunkt. Gleichzeitig zielen die freiraumbezogenen Maßnahmen häufig auf die Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Maßnahmen im Bereich Lärmschutz sind insbesondere die Verlagerung des Schwerkraft- und Durchgangsverkehrs, Geschwindigkeitsreduzierungen, der Einsatz lärmoptimierten Asphalts („Flüsterasphalt“), die Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs sowie die Errichtung von Lärmschutzwänden/-wällen.

Mit Blick auf die notwendige Kooperation zwischen den verschiedenen Fachverwaltungen beim Querschnittsthema Umweltgerechtigkeit zeigen die Untersuchungen, dass die verwaltungsinterne Zusammenarbeit zwischen den Ämtern Stadtplanung, Stadtentwicklung und Umwelt überwiegend gefestigt ist. Die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt erfolgt dagegen meist projekt- und anlassbezogen.

Baustein 4: Fachtagung „Potenziale für mehr Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“

Am 19. und 20. November 2012 fand in Berlin die Fachtagung „Potenziale für mehr Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum. Umwelt, Gesundheit und Soziales vernetzen und gemeinsam handeln“ statt, die vom Difu in Zusammenarbeit mit dem UBA veranstaltet wurde.

An der Fachtagung nahmen etwa 100 Fachleute aus Kommunalverwaltung und -politik, Verantwortliche aus Bund und Ländern, Wissenschaftlerinnen

und Wissenschaftler sowie zivilgesellschaftliche Gruppen teil. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie in städtischen Quartieren, die sowohl durch Umweltprobleme als auch durch soziale Benachteiligungen gekennzeichnet sind, die Umwelt- und Lebensverhältnisse der Bewohnerinnen und Bewohner verbessert werden können.

Einleitende Vorträge widmeten sich der Einordnung des Difu-Forschungsvorhabens in den Kontext einschlägiger Fachpolitiken und Forschungsansätze und umrissen den Ansatz der Umweltgerechtigkeit in Politik, Wissenschaft und Praxis. Auch ethische Überlegungen wurden präsentiert. Anlässlich der Fachtagung wurden erste Ergebnisse des Forschungsvorhabens zum Beispiel aus den Expertisen und Fallstudien präsentiert und erörtert. Weiterhin wurden beispielhafte Projekte und instrumentelle Ansätze auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit dargestellt. In vier parallelen Foren wurden die Themen „Daten, Indikatoren und Monitoring“, „Handlungsfelder für Umweltgerechtigkeit“, „Instrumente und Verfahren“ sowie „Management, Kooperation und Partizipation“ diskutiert. Erörtert wurden erste Ergebnisse der Difu-Forschungsgruppe sowie modellhafte Vorhaben wie das Projekt „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“, die strategische Stadtentwicklungsplanung für mehr Umweltgerechtigkeit in der Landeshauptstadt München, der neu entwickelte Prototyp für einen Fachplan Gesundheit sowie die Erfahrungen mit Kooperation und Partizipation bei der Umgestaltung des Nauener Platzes in Berlin-Mitte. Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ präsentierten sich 15 Projekte mit Bezug zu Umweltgerechtigkeit aus der Wissenschaft, verschiedenen Kommunen und von Nichtregierungsorganisationen. Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein moderiertes Tischgespräch mit Expertinnen und Experten des Bundes, der Länder sowie aus Kommunen und Wissenschaft, in welchem aktuelle Handlungsbedarfe und Perspektiven für eine Implementierung von Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis im Dialog mit dem Publikum diskutiert wurden.

Von der Fachtagung gingen wichtige Impulse für die weitere Umsetzung des Themas Umweltgerechtigkeit vor allem auf der kommunalen Ebene aus. Es wurden Strategien und Lösungsansätze erarbeitet, die die Teilnehmenden in ihrer Arbeit für mehr lokale Umweltgerechtigkeit zukünftig unterstützen können. Die Online-Dokumentation ist zu finden unter [http://www.difu.de/dokument/potenziale-fu-](http://www.difu.de/dokument/potenziale-fu-er-mehr-umweltgerechtigkeit-nov-2012.html)

[er-mehr-umweltgerechtigkeit-nov-2012.html](http://www.difu.de/dokument/potenziale-fu-er-mehr-umweltgerechtigkeit-nov-2012.html) (Ab-rufdatum: 07.02.2013).

Baustein 5: Planspiel

Im Zeitraum 2013 bis 2014 sollen in einem Planspiel mit voraussichtlich drei Kommunen administrative, organisatorische und rechtliche Instrumente, Verfahren und Maßnahmen zur Implementierung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in der Kommunalverwaltung erprobt und validiert werden.

Im Ergebnis der Expertisen, Fallstudien und darüber hinausgehender Erörterungen ergeben sich folgende zentrale Untersuchungs- beziehungsweise Aufgabenbereiche für das Planspiel:

- Motivation von Kommunalpolitik und -verwaltung für die Implementierung von Umweltgerechtigkeit;
- Anschlussfähigkeit des Ansatzes Umweltgerechtigkeit im Verwaltungshandeln (Indikatoren/Monitoring, Handlungsfelder, Instrumente), wobei das Augenmerk auf bestehende Lücken in der Integration von Umwelt, sozialer und gesundheitlicher Lage liegen sollte;
- notwendige Veränderungs- beziehungsweise Anpassungsbedarfe in Hinblick auf Verfahren und Kooperation innerhalb der Verwaltung für die Implementierung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit;
- Partizipation für mehr Umweltgerechtigkeit: Zielgruppen, Methoden und Prozesse, Verzahnung mit Verwaltungshandeln.

Die Planspielerinnen und Planspieler nehmen als authentische Vertreterinnen und Vertreter maßgeblicher Akteursgruppen entsprechend ihrer Funktion in der Realität am Planspiel teil. Am Planspiel sollen Vertreterinnen und Vertreter relevanter kommunaler Verwaltungs- beziehungsweise Verantwortungsbereiche mitwirken: Stadtentwicklung, Umwelt, Gesundheit, Soziales und Statistik.

Zwischenfazit

Auf dem bisherigem Stand des Forschungsvorhabens lässt sich folgendes Zwischenfazit zur Implementierung von Umweltgerechtigkeit in das kommunale Handeln ziehen:

- Eine Implementierung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit als eigenständige kommunale Verwaltungsaufgabe mit eigenständigen Verfahren erscheint aufgrund der Vielzahl angrenzender Handlungsansätze äußerst schwierig und nicht zielführend.
- Der Ansatz Umweltgerechtigkeit sollte an bestehende sozialräumlich orientierte Aktivitäten und Programme der integrierten Stadtentwicklungsplanung angedockt werden. Hierbei ist auf bestehende Lücken der Integration von Umwelt, sozialer und gesundheitlicher Lage zu fokussieren.
- Notwendig sind die Bereitstellung von Daten, die Erhebung von Indikatoren auf kleinräumiger Ebene sowie die kartographische Darstellung von Gebieten mit Mehrfachbelastungen hinsichtlich Umwelt, sozialer und gesundheitlicher Lage. Hierbei ist soweit wie möglich auf vorhandene Daten und Monitoringansätze in den Kommunen zurückzugreifen.
- Eine auf die Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit gerichtete Strategie erfordert die Bündelung ganz unterschiedlicher Instrumente, die je nach Ausgangslage variabel und aufeinander abgestimmt zum Einsatz gebracht werden müssen. Aufgrund der hohen Flexibilität in Hinblick auf räumliche und thematische Abgrenzungen, aber auch wegen der Offenheit für ressortübergreifende und integrative Lösungsansätze haben hierbei informelle planerische Instrumente eine hohe Bedeutung.
- Die Implementierung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit kann nur im Rahmen begrenzt zur Verfügung stehender finanzieller und personeller Ressourcen der kommunalen Verwaltung geleistet werden.
- Für eine erfolgreiche Implementierung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit ist das kommunale Verwaltungshandeln insbesondere mit Blick auf die ämterübergreifende Kooperation sowie den Informations- und Datenaustausch zu optimieren und am gemeinsamen Ziel „Umweltgerechtigkeit“ auszurichten.

Literatur

Becker K, Müssig-Zufika M, Conrad A, Lüdecke A, Schulz C, Seiwert M, Kolossa-Gehring M (2007): Kinder-Umwelt-Survey 2003/06 – KUS – Human-Biomonitoring – Stoffgehalte in Blut und Urin der Kinder in Deutschland. WaBoLu-Heft 01/07. Dessau/Berlin: Um-

weltbundesamt. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3257.pdf> (Abrufdatum: 06.02.2013).

Bolte G, Kohlhuber M (2008): Abschlussbericht zum UFOPLAN-Vorhaben „Untersuchungen zur Ökologischen Gerechtigkeit: Explorative Vorbereitungsstudie“ (FKZ: 3707 17 102/01). Teilprojekt A: Systematische Zusammenstellung der Datenlage in Deutschland. Oberschleißheim. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3664.pdf> (Langfassung) (Abrufdatum: 06.02.2013).

Bolte G, Mielck A (Hrsg.) (2004): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen. Weinheim: Juventa.

Bunge C, Katzschner A (2009): Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Studien zur sozialen Ungleichheit gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen. Umwelt & Gesundheit 2/2009. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3801.pdf> (Abrufdatum: 06.02.2013).

Heinrich J, Mielck A, Schäfer I, Mey W (1998): Soziale Ungleichheit und umweltbedingte Erkrankungen in Deutschland. Empirische Ergebnisse und Handlungsansätze. Serie Fortschritte in der Umweltmedizin 106. Landsberg: Ecomed.

Klimeczek HJ (2011): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin – Entwicklung und Umsetzung einer neuen ressortübergreifenden Strategie. In: UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst 2: 19–21. <http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0211.pdf> (Abrufdatum: 06.02.2013).

UMID 02/2011: UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst. Themenheft Umweltgerechtigkeit II. <http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0211.pdf> (Abrufdatum: 06.02.2013).

UMID 02/2008: UMID: Umweltmedizinischer Informationsdienst. Themenheft Umweltgerechtigkeit I. <http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0208.pdf> (Abrufdatum: 06.02.2013).

Kontakt

Christa Böhme
Deutsches Institut für Urbanistik
Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
E-Mail: boehme[at]difu.de

Christiane Bunge
Umweltbundesamt
Fachgebiet II 1.1 „Übergreifende Angelegenheiten
Umwelt und Gesundheit“
Corrensplatz 1
14195 Berlin
E-Mail: christiane.bunge[at]uba.de

[UBA]